

Protestbrief gegen Internet-Beschränkungen

In einem Brief an den obersten General der Militärjunta Burmas Tam Shwe protestierten *Reporter ohne Grenzen* gegen die kürzlich getroffene Entscheidung, die die Verbreitung von politischen Informationen im Internet verbietet. Diese Entscheidung kam einen Monat nach der Schließung zweier privater lokaler Internet-Service-Provider. *Reporter ohne Grenzen* forderte den Präsidenten auf, ein Ende der Zensur im Internet zu garantieren und forderte die Aufhebung des Computergesetzes von 1996, das Internetnutzer verpflichtet, eine offizielle Genehmigung zu erhalten.

Nach Information von *Reporter ohne Grenzen* erhielt MPT (Myanmar Post and Telecommunication) kürzlich neue Beschränkungen zur Benutzung des Internets, welche die Verbreitung von politischen Kommentaren und Informationen via elektronischen E-Mails,

»die der Regierung schaden«, verbieten. Diese Forderung wurde dem Computergesetz von 1996 hinzugefügt, welches die Internetnutzer schon dazu verpflichtete, für die Benutzung eine Genehmigung der Verwaltung zu erbitten. Gefängnisstrafen können auf jeden zu kommen, der dieses Gesetz übertreft. Die neue Regelung schuf die Regierung einige Wochen nach der Verhaftung von mindestens drei Leuten, darunter ein Armeeeoffizier, der beschuldigt wird, Webseiten der Opposition mit Basis im Ausland konsultiert zu haben. In einem Bericht, der im August 1999 veröffentlicht wurde, beschrieb *Reporter ohne Grenzen* Burma als einen der »zwanzig schlimmsten Feinde des Internets«. Dieses Land verfügt nun über nur [noch] einen staatseigenen Internet Service Provider.

vgl.: asia desk)

Exilregierung mit neuen Schwerpunkten

Die Aktivitäten der National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB) werden ab sofort einen neuen Fokus haben. Das kündigte Dr. Tint Swe, Minister für Südasiatische Angelegenheiten der Exilregierung, am 30. März im Rahmen einer Konferenz in Indien an. Im Vordergrund wird nun die Entwicklung eigener Strategien und politischer Konzepte stehen, die den Weg für eine Rückkehr zur Demokratie in Burma ebnen sollen. Bislang hatte sich die NCGUB, die 1990 aus exilierten Parlamentariern gebildet wurde, auf die Schaffung eines internationalen Bewusstseins für die Vorgänge in Burma konzentriert und um weltweite Solidarität für die Demokratiebewegung geworben. »Wir werden unsere bisherigen Kapazitäten und Aktivitäten nun ausweiten, so dass sie die politischen Aktionen der National League for Democracy (NLD) in Burma besser reflektieren«, erläuterte Dr. Tint Swe. »Die NCGUB wird ihre Energie nun auf die Schaffung eines Umfeldes konzentrieren, das für ei-

nen politischen Dialog in Burma günstig ist. Gleichzeitig werden wir unsere politischen Konzepte und Strategien für den Übergang zur Demokratie weiterentwickeln.« Hauptziel der strategischen Planung der NCGUB sei es, den Weg für konstruktive politische Verhandlungen zwischen der Militärregierung, der NLD und den ethnischen Nationalitäten freizumachen. Konkret hat sich die Exilregierung für die kommenden Jahre vier Arbeitsschwerpunkte vorgenommen: 1) Stärkung der NCGUB in Bezug auf ihre Möglichkeiten, dauerhaften nationalen und internationalen Druck auf die Militärregierung zu erzeugen, 2) Steigerung der Kompetenz von Demokratiebewegung und ethnischen Nationalitäten im Bereich der Konfliktlösung und des politischen Dialoges, 3) Förderung der Kooperation zwischen Demokratiebewegung und ethnischen Gruppen und 4) Vorbereitung des Machtwechsels.

vgl. *Mizzima News Group*, 24. April 2000

Keine E-Mail aus Burma

Private Anbieter von Telekommunikationsleistungen machen sich in Burma ab sofort strafbar. Am 13. Mai verhängte Telekommunikationsminister Brigade-General Win Tin ein Verbot aller nicht-staatlichen Telefon- und E-Mail-Dienstleistungen. Private Anbieter ermöglichten illegale Kontakte ins Ausland und schmälerten die Einkünfte des Ministeriums, so die Begründung.

Die burmesische Militärregierung übt strenge Kontrolle über den Telekommunikationssektor und die Medien aus. Nur die staatliche Myanmar Post and Telecommunications Agency darf Telefon- und E-Mail-Anschlüsse anbieten. Private Internetzugänge oder E-Mail-Konten sind illegal. Für den Besitz von Computern, Faxgeräten oder Modems ist

Befehl zum Drogenhandel

Soldaten der burmesischen Armee, die an der Grenze zu Nord-Thailand stationiert sind, haben nach Informationen des thailändischen Militärgheimdienstes den Befehl erhalten, sich selbst zu versorgen. Dies impliziere, dass die Soldaten in den Drogenhandel einsteigen sollten, so ein hoher thailändischer Offizier. Seinen Angaben zufolge ist das Geschäft mit Heroin und Meta-Amphetaminen in dieser Region die einzige Einnahmequelle für die Soldaten. Nach Schätzungen der thailändischen Behörden würden bis Ende des Jahres rund 600 Millionen Meta-Amphetamin-Tabletten von Burma nach Thailand geschleust werden. Die Drogenflut sorgt gerade im Norden Thailands für massive soziale und gesundheitliche Probleme. Betroffen sind insbesondere junge Menschen. »Der jetzige Befehl macht wieder einmal deutlich, dass Burma trotz aller Lippenbekenntnisse nicht zum Eindämmen des Drogenhandels bereit ist«, so ein Sprecher der thailändischen Anti-Drogen-Behörden.«

vgl. AP, FEER, 18.5.2000

nachrichten

eine staatliche Genehmigung notwendig. Wer diese nicht hat, riskiert bis zu 15 Jahren Gefängnis und eine empfindliche Geldstrafe. Im vergangenen Jahr wurden fünf private Telekommunikationsfirmen geschlossen, ihre gesamte Ausstattung beschlagnahmt und die Mitarbeiter tagelang verhört. Grund für die Angst der Junta vor den neuen Medien ist die große Zahl internationaler Webseiten und Newsgroups, die sich mit der politischen Lage in Burma beschäftigen und Oppositionsführerin Daw Aung San Suu Kyi unterstützen. Diese Information soll BurmesInnen möglichst verborgen bleiben.

vgl. *Washington Post*, 13.5.2000

Todesurteil

Saw Tin Oo, ein Angehöriger der oppositionellen Gruppe Vigorous Burmese Student Warriors, die im vergangenen Oktober die burmesische Botschaft in Bangkok besetzt hatte, ist zum Tode verurteilt worden. Er wurde des Hochverrats und der Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung für schuldig befunden. Saw Tin Oo war am 1. Oktober, dem Tag der Botschaftsbesetzung, außerhalb des Botschaftsgeländes verhaftet worden.

Es steht nicht fest, dass er an der Planung und Durchführung der Besetzung beteiligt war. Am 29. Februar dieses Jahres wurde er nach Burma abgeschoben und dort sofort festgenommen. Ob Tin Oo tatsächlich hingerichtet wird, steht noch nicht fest. Zumeist werden Todesurteile in Burma in lebenslange Haftstrafen umgewandelt.

vgl. *Reuters, New Light of Myanmar*, 20. April 2000

nachrichten

Zum Jahrestag der Wahlen

Am 27. Mai jährte sich der triumphale Wahlsieg der National League for Democracy (NLD) zum zehnten Mal. 82 Prozent der Parlamentssitze konnte die Partei von Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi damals erringen. Doch die Wahlergebnisse wurden von der Militärregierung annulliert; die NLD und ihre Führerin stehen heute mehr denn je unter Druck. Aufgegeben haben sie dennoch nicht, wie Daw Aung San Suu Kyi in einer Ansprache zum zehnten Jahrestag des Wahlsiegs betonte: »Viele Parteimitglieder und Kandidaten, die 1990 gewählt wurden, wurden verhaftet oder zum Parteiaustritt gezwungen«, so Suu Kyi. »Aber viele arbeiten weiterhin unter äußerst schwierigen Bedingungen für die Demokratie. Wir haben unseren Kampf nicht aufgegeben, und wir werden ihn nicht aufgeben.« Die Videoaufzeichnung von Suu Kyis Statement wurde im US-Kongress gezeigt, an der auch Außenministerin Madeleine Albright teilnahm. Albright unterstrich die Solidarität der US-Regierung mit der Friedensnobelpreisträgerin und ihrer Partei und erklärte: »Wir appellieren heute erneut an die Behörden in Rangun, endlich dem Wunsch ihres Volkes nach Demokratie nachzukommen, alle politischen Gefangenen freizulassen, die Zwangsarbeit und den Drogenhandel einzudämmen. Der Wunsch nach Freiheit ist unauslöschlich. Ich bin überzeugt, dass der Tag kommen wird, an dem Burma frei sein wird.«

vgl. AFP, 17. Mai 2000

Mönche auf Konfrontation

Eine Vereinigung buddhistischer Mönche aus Mandalay hat einen Marsch auf die Hauptstadt Rangun angekündigt, falls die Militärregierung nicht umgehend Gespräche mit Daw Aung San Suu Kyi und der National League for Democracy beginnt. Darüber hinaus kündigten sie zivilen Ungehorsam gegen die Regierung und den Ausbau von Klöstern zu Widerstandszentren an. Die Mönche unterstützen damit die Forderungen des hochangesehenen Abtes Ashin Kundalabiwuntha, der im Februar in einem offenen Brief an Regierung und Opposition ap-

pelliert hatte, zum Wohle des Volkes alle Meinungsverschiedenheiten beizulegen und konstruktiv zusammenarbeiten.

Die Reaktion der Junta auf das Ultimatum der Mönche war unmissverständlich: »Wenn sie Gewalt üben, wird die Regierung mit Gewalt antworten«, so ein Regierungssprecher. In Burma gibt es ca. 300 000 Mönche, die traditionell großen gesellschaftlichen und politischen Einfluss haben. So spielte der Klerus im Unabhängigkeitskampf gegen die Briten eine wesentliche Rolle.

vgl. *The Straits Times*, 21.5.2000

FIDH übt schwere Kritik an UNHCR

Die International Federation of Human Rights' Leagues (FIDH), eine der renommiertesten Menschenrechtsorganisationen weltweit, hat schwere Vorwürfe gegen das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) erhoben. Im Zentrum der Kritik steht die Rolle des UNHCR bei der Betreuung muslimischer Flüchtlinge aus dem burmesischen Arakan-Staat. Laut FIDH-Bericht sind seit 1996 rund 100.000 Angehörige dieser unter dem Namen Rohingya bekannten Minderheit nach Bangladesch geflüchtet, um Repressionen und Verfolgung zu entgehen. »Alles deutet darauf hin, dass im Arakan-Staat eine ethnische Säuberung stattfindet, mit dem Ziel, alle Muslime aus der Region zu entfernen«, so der FIDH-Bericht. »Das UNHCR ignoriert den Exodus und arbeitet weiterhin mit der burmesischen

Militärregierung zusammen. Es trägt dadurch eine erhebliche Mitverantwortung an der Vertreibung der Rohingyas.« Das UNHCR war bereits Mitte der 90er Jahre in die Kritik geraten, als es in Kooperation mit den Behörden in Burma und Bangladesch die »freiwillige Rückführung« von rund 250.000 Rohingyas durchführte. Viele dieser Menschen sind nun erneut nach Bangladesch geflüchtet, wo sie von Behörden und UNHCR als Wirtschaftsmigranten eingestuft werden. Die Rohingyas leben seit dem 17. Jahrhundert im heutigen Burma. 1982 wurden ihnen die Bürgerrechte entzogen. Es setzte eine systematische Vertreibungspolitik ein, die wirtschaftliche Vernachlässigung der Region und militärische Übergriffe einschließt.

vgl. AP 18. April 2000

Verhaftungswelle

37 Anhänger der National League for Democracy wurden im Laufe der Monate April und Mai verhaftet. Acht wurden zu Haftstrafen von mindestens sieben Jahren verurteilt; der Parlamentsabgeordnete Than Lwin muss eine neunjährige Gefängnisstrafe verbüßen. Ihm wurde vorgeworfen, regierungsfeindliche Reden in seinem Wahlkreis gehalten zu ha-

ben. Die übrigen Verurteilten mussten sich wegen angeblicher Kontakte zur National League for Democracy – Liberated Area (NLDLA) verantworten, einer in Thailand ansässigen Gruppe exilierter NLD-Mitglieder. Sie hätte die Verurteilten zu Sabotageakten aufgestachelt, so Regierungssprecher Than Tun.

vgl. ABC World News, 18.5.2000

EU verschärft Sanktionen

Die Außenminister der Europäischen Union haben am 10. April in Luxemburg eine Verschärfung der bestehenden Sanktionen gegen Burma beschlossen. Gleichzeitig signalisierten sie jedoch auch Dialogbereitschaft mit der Militärregierung und kündigten die baldige Entsendung einer hochrangigen EU-Delegation nach Rangun an. Auch die wegen der Burmafrage lange ausgesetzten Außenministertreffen mit der ASEAN sollen noch im Laufe dieses Jahres wieder aufgenommen werden. Die Sanktionen gegen das burmesische Militärregime wurden um ein Verbot der Ausfuhr von Gegenständen und Materialien, die zur Unterdrückung der Bevölkerung dienen könnten, erweitert. Das Einreiseverbot für offizielle VertreterInnen des Regimes bleibt bestehen. Um sicherzustellen, dass es nicht umgangen wird, werden die Namen der vom Visabann betroffenen Personen nun veröffentlicht. Besonders schmerzhaft für die Generäle: Ihre in EU-Staaten befindlichen Vermögenswerte werden eingefroren. Burmesische Exilpolitiker und Oppositionsvertreter begrüßten die Entscheidung der Außenminister. Dr. Sein Win, Premierminister des *National Coalition Government of the Union of Burma* (NCGUB), sprach von »angemessenen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt«. »Die EU, insbesondere Dänemark, die Niederlande und Großbritannien, hat sich immer für Menschenrechte und Demokratie eingesetzt«, so Dr. Sein Win. »Der jetzige Beschluss zeigt, dass die Generäle die internationale Gemeinschaft mit ihrer Propaganda nicht hinter das Licht führen können. Sie müssen endlich Hand in Hand mit allen Gruppen und Parteien arbeiten, damit die Probleme, die Burma heute hat, gelöst werden können.« Die Militärregierung verurteilte die Ausweitung der Sanktionen als »nicht akzeptabel«. Ob man die EU-Troika nach Burma einreisen lassen werde, stehe noch nicht fest.

vgl. AP, NCGUB, 11. April 2000